

— Die Minorität von 31 gegen den Conseilpräsidenten besteht mit Ausnahme Victor Hugo's und Baragnon d'Hilliers, des Präsidenten des Abgeordnetenvereins der Straße Poitiers, aus lauter Mitgliedern der äußersten Linken. Die bedeutendsten Mitglieder der gemäßigten Partei, Thiers, Robt. O. Barrot, Dupin, Montalembert, Leon de Meville, E. Faucher und Ferner die Republikaner mit Ausnahme E. Muraud's, der gegen die Tagesordnung stimmte, enthielten sich der Abstimmung. Dasselbe thaten die vier Repräsentanten, an welche Cavaignac seine Interpellation richtete, Cavaignac selbst und Ledru-Rollin. Der Abstimmung enthielten sich im Ganzen 145.

— Die Reden sind heute ausführlicher in ihren Bemerkungen über die vorgestrige Sitzung der Nationalversammlung als gestern, wo sie fast nur Resumes der Verhandlungen gaben. Des Lobes des rhetorischen Talents, welches der Conseilpräsident so unerwartet an den Tag gelegt hat, kann sich keine enthalten, obgleich die ihm feindlichen Blätter das Lob möglichst zu beschneiden suchen. Der Constitutionnel spielt den Angriff gegen Cavaignac auf ein neues Feld. Er gibt zu, daß der General während des Kampfes in den Junitagen mit den vorhandenen Truppen das Mögliche gethan habe, gibt aber ihm und der ganzen Executivcommission Schuld, sie habe sich aus Furcht vor der öffentlichen Meinung abhalten lassen, eine größere Truppenmasse in Paris zu versammeln. Es spricht auch den General von dem Vorwurf der Intrigue, aber nicht von dem des Ehrgeizes frei. Wenigstens hätten mehr seiner Freunde ein allzu eifriges Verlangen an den Tag gesetzt, ihn an der Spitze der Regierung zu sehen. Die «Union» streitet der Nationalversammlung das Recht ab zu entscheiden, ob sich jemand um das Vaterland verdient gemacht habe oder nicht. Sie habe dieses Verdienst der provisorischen Regierung, der Executivcommission und jetzt wieder dem General Cavaignac zugesprochen, das Land aber würde anders über alle diese Erlöser urtheilen. Die Reforme bezeichnet den Bruch mit Ledru-Rollin als eine längst erwartete Nothwendigkeit, seitdem sich Cavaignac mehr und mehr von den Republikanern getrennt und, auf die Clubs der Straße Poitiers gestützt, die Justemilieu-Politik Ludwig Phillips's befolge.

— Welchen Einfluß wird die vorgestrige Debatte auf die Präsidentschaftswahl haben? Von Paris aus lautet die Antwort: Einen äußerst günstigen für die Candidatur Cavaignac's. Am meisten trägt dazu bei sein entschiedener Bruch mit Ledru-Rollin und dem Berge, zu dem er sich aus zu großer Rücksichtigkeit gegen alle Erinnerungen hinneigen sollte, ein Verdacht, welcher in Paris wenigstens die Augen des Mittelstandes auf Ludwig Bonaparte gelenkt hat, weniger aus Vorliebe für diesen, als aus Abneigung gegen den neuen Zustand der Dinge und die dem Besitzenden keine Garantien gebenden Inhaber der Regierungsgewalt. Auch die etwas unklare Aeußerung des Generals Lamorieiere über sein Verhalten bei einer etwaigen Reaction im kaiserlichen Sinne hat Einiges zu dieser Umstimmung beigetragen. Es hat dem Reffen des großen Kaisers alle die abwendig gemacht, welche zwar unbedingte Gegner der gegenwärtigen Regierung sind, aber als fanatische Freunde der Ruhe, jeden mit einem Kampfe verbundenen Uebergang zu einer andern Regierungsform fürchten. Gegen das so unerwartet an den Tag gelegte parlamentarische Talent des Generals sinkt Ludwig Bonaparte mit seinem verlegenen Stottern ganz in den Schatten. Aber so günstig für General Cavaignac der Eindruck der letzten Debatte auf Paris und auf den urtheilsfähigen Theil der französischen Bevölkerung sein mag, so unbedeutend wird er auf die Masse des Volks sein, das keine Zeitungen und keine Parlamentsblätter liest und nicht nach politischen Rücksichten, sondern nach Instinct wählt. Ob in ihm der Schwerpunkt der Wahl liegt, steht bei der Neuheit des Experiments mit dem allgemeinen Stimmrecht im Lande noch in Frage.

### Großbritannien.

London 27. Nov.

Das Ministerium trifft ernsthafte Maßregeln, um Ersparnisse im Staatshaushalt durch Vereinfachung der Verwaltung vorzubereiten. Es sind bereits Ausschüsse gebildet zur Untersuchung des Zolldepartements, unter dem Vorsth Carl Granville's, Vicepräsidenten des Handelsbureau, und zur Prüfung der Einnahmen und Ausgaben des Artilleriedepartements unter Vorsth Lord Hardinge's; auch eine Untersuchung über die Verwendung der vom Parlament für die polnischen Flüchtlinge bewilligten Gelder ist im Gange. Der Staatssecretair des Innern, Sir George Grey, bereitet eine genaue Revision der Kosten des Gefängnißwesens vor.

— Bei der in Brüssel zu eröffnenden Conferenz zur Schlichtung der lombardischen Angelegenheit, wird Sir Henry Ellis England vertreten.

— Der Wahlkampf im Westriding in Yorkshire ist in ein neues Stadium getreten. Vorgestern wurde in einer zahlreichen Versammlung conservativer und gemäßigter liberaler Wähler in Normanton Hr. Denison als Candidat aufgestellt, und hat dieser Herr sich schon bereit erklärt, die Einladung anzunehmen. Hr. Denison ist ein reicher Grundbesitzer im Westriding, vertrat früher schon diesen Wahlbezirk mit Auszeichnung, wurde aber bei der letzten Wahl von R. Cobden verdrängt. Ebenfalls am Sonnabend stellte sich Sir W. G. Cardley den Wählern

von Leeds vor, um sein Glaubensbekenntniß abzulegen, machte aber keinen günstigen Eindruck, da er sich zwar über seine politischen Ansichten bestimmt genug aussprach, aber sehr unbestimmte Antworten über die Zeit gab, wo er sie im Parlamente zur Verwirklichung zu bringen gedenke. Am Schlusse der Versammlung ließ der Vorsitzende durch Handaufheben abstimmen und erklärte, daß sich die Mehrheit für Sir W. G. Cardley erklärt habe, was von der Gegenseitig geläugnet wurde und nach der Stimmung der Versammlung auch sehr unwahrscheinlich ist. Wahrscheinlich wird nun Hr. Roebuck eingeladen werden, als Candidat aufzutreten.

— Sir Ch. Napier's Flotte wollte vorgestern unter Segel gehen mußte aber wegen plötzlich eintretenden ungünstigen Windes vor Anker bleiben.

— Am 25. Nov. schlossen in Dublin die Verhandlungen über Donoghue's, des letzten der mit Smith O'Brien Verurtheilten, Cassationgesuch. Das Gericht hat noch nicht angezeigt, wenn es seine Entscheidung abgeben wird. — Man spricht davon, daß die Regierung, der allgemeinen Unzufriedenheit mit verschiedenen Bestimmungen des irischen Armengesetzes nachgebend, einen Ausschuß zur Untersuchung des irischen Armenwesens ernennen will. Die Minister sollen geneigt sein, nicht bloß die Armensteuer zur Unterstützung der arbeitsfähigen Armen nach dem Kirchspiele zu vertheilen, sodas jedes Kirchspiel gezwungen ist, entweder seinen arbeitsfähigen Armen Arbeit zu geben, oder sie selbst zu erhalten, anstatt daß sie nach der bisherigen Einrichtung der ganzen Union zur Last fielen, und der Grundbesitzer, der sein Capital auf Verbesserung seines Guts verwendete und dadurch seine Armen beschäftigte, auch noch die Armen seines weniger vorsorglichen Nachbarn mit ernähren mußte. Die Alten und Kranken werden wie bisher von der ganzen Union erhalten.

### Dänemark.

Kopenhagen, 25. Nov. (Abends.) Die angekündigte Interpellation über die jütische Contribution ist heute erfolgt. Witt stellte an das Ministerium die Frage, ob die Einwohner Jütlands, insbesondere im Amte Beise, eine Erstattung der ihnen vom kaiserlichen Heer auferlegten Contribution erwarten dürften. Der Ministerpräsident entgegnete, nachdem die preussische Regierung erklärt habe, daß sie eine genaue Aufmachung abwarten wolle, so sei eine solche neulich ausgefertigt, die Summe belaufe sich auf 320,000 Rthlr., und die preussische Regierung werde sie, wie zu erwarten sei, jetzt rasch bezahlen. Der Finanzminister fügte noch hinzu, daß, wenn die Contribution Ende dieses Jahres nicht erstattet sei, billige Rücksicht auf die am meisten Betroffenen durch — wie Stockfisch vorgeschlagen — Erlaß an Steuern genommen werden würde.

### Woldau und Walachei.

Sukharschi, 5. Nov. Die lange gefürchteten Verhaftungen von Seiten der Russen haben begonnen, mehrere Bojaren und Kaufleute sind bereits gefänglich eingezogen und nach Plumbuita abgeführt. — Unterm 22. Oct. richtete der russische Staatsrath und Generalconsul v. Kozhuc folgende in unserm Amtsblatte mitgetheilte Note an den Kaimakan der Walachei: Da die in neuester Zeit ausgebrochene Unruhe eine militairische Besetzung dieser Länder durch kaiserl. Truppen nothwendig gemacht haben, welche berufen wurden, um die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen, so bin ich beauftragt, der walachischen Regierung anzuzeigen, daß die Kosten ihrer Verpflegung den beiden Fürstenthümern zur Last fallen werden, nach einer verhältnismäßigen Vertheilung unter ihnen, die ungesäumt gemacht werden wird. Se. Maj. der Kaiser stets für das Beste jener Länder besorgt, die sich seines hohen Schutzes erfreuen, hat gnädigst zu befehlen geruht, daß, um die Verlegenheiten zu beseitigen, die die Verpflegung der Truppen verursachen könnten, der Walachei ein Darlehn von 300,000 Silberubeln bewilligt werde, um die Kosten zu decken. Was die Rückzahlung dieser Summe, sowie der bis jetzt gemachten Vorschüsse betrifft, so werden später darüber die nöthigen Verfügungen getroffen werden. Demgemäß ersuche ich Ew. Excellenz, erstens den Landesbewohnern diesen neuen Beweis von Sorgfalt bekannt zu machen, durch den Se. Maj. der Kaiser geruht, ihrer gegenwärtigen Lage Hülfe zu kommen, zweitens die geeigneten Maßregeln gefälligst zu ergreifen, daß von den Localbehörden auf das Eifrigste dahin mitgewirkt werde, daß die Verpflegung der Truppen zu den möglichst billigen Preisen geschehe; drittens aber öffentlich bekannt machen zu lassen, daß von jetzt an alle zum Gebrauche der Truppen nöthigen Producte baar bezahlt werden.

### La Plata-Station.

Nach Briefen aus Buenos Ayres vom 18. Sept. hat sich der sardinische Geschäftsträger, den Rosas sargeschickt hat, nach Europa eingeschifft. Den englischen Minister Southeyon will Rosas erst empfangen, wenn er Buenos Ayres Genugthuung für angeklagte von England erlittene Beleidigungen und Entschädigung gewährt. Montevideo vertheidigt sich noch gegen Dribe.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von G. H. Brockhaus in Leipzig.